

Der Krieg des Kaisers

Hat Deutschland den Krieg angezettelt? Oder war der weltweite Waffengang nur Folge von Missverständnissen und fehlender Kommunikation? Auf allen Seiten kämpften Soldaten in dem Wahn, ihr Vaterland gegen Mächte des Bösen zu verteidigen. *Von Hew Strachan*

Am 28. Juni 1914 wurden der Erzherzog Franz Ferdinand, österreichisch-ungarischer Thronfolger, und seine Frau in Sarajevo von bosnischen Terroristen ermordet. Österreich-Ungarn hatte Bosnien-Herzegowina, formell noch Teil des Osmanischen Reichs, erst 1908 annektiert. Doch ein Großteil der slawischen Bevölkerung mochte sich damit nicht abfinden, sondern wollte lieber zum benachbarten Serbien gehören.

Dass die Terroristen keinen Rückhalt in der serbischen Regierung hatten, war da-

mals nicht klar, denn ihre Waffen stammten von Mitgliedern des serbischen militärischen Geheimdienstes. Die Führung Österreich-Ungarns war zu diesem Zeitpunkt gespalten. Das Außenministerium hatte zuvor das Gewicht der Doppelmonarchie auf dem Balkan durch ein Bündnis mit Bulgarien, der Generalstab durch einen Krieg mit Serbien wiederherstellen wollen. Das Attentat ließ das Außenministerium auf die Militärlinie einschwenken – und mit Franz Ferdinand verloren die Gemäßigten ironischerweise einen ihrer mächtigsten Fürsprecher.

Leopold Berchtold, der Außenminister, sandte seinen Kabinettschef Alexander von Hoyos nach Berlin, um den Beistand Deutschlands zu sichern. Denn sollte Österreich-Ungarn das Attentat für einen Krieg mit Serbien ausnutzen, würde Russland, Österreich-Ungarns Rivale auf dem Balkan, sich wahrscheinlich hinter die Serben stellen. Österreich-Ungarn also brauchte Deutschland, um Russland abzuschrecken.

Hoyos überbrachte dem deutschen Kaiser einen Brief von seinem Kaiser, dem greisen Franz Joseph. Das Schreiben wurde Kaiser Wilhelm II. am Sonntag, dem

Kaiser Wilhelm II. (2. v. l.) bei einem Werftbesuch in Kiel



5. Juli, vom österreichisch-ungarischen Botschafter beim Gabelfrühstück übergeben. Kaiser Wilhelm trat unmissverständlich dafür ein, dass Wien handeln müsse und dies auch in der Gewissheit tun könne, dass Deutschland hinter ihm stehe.

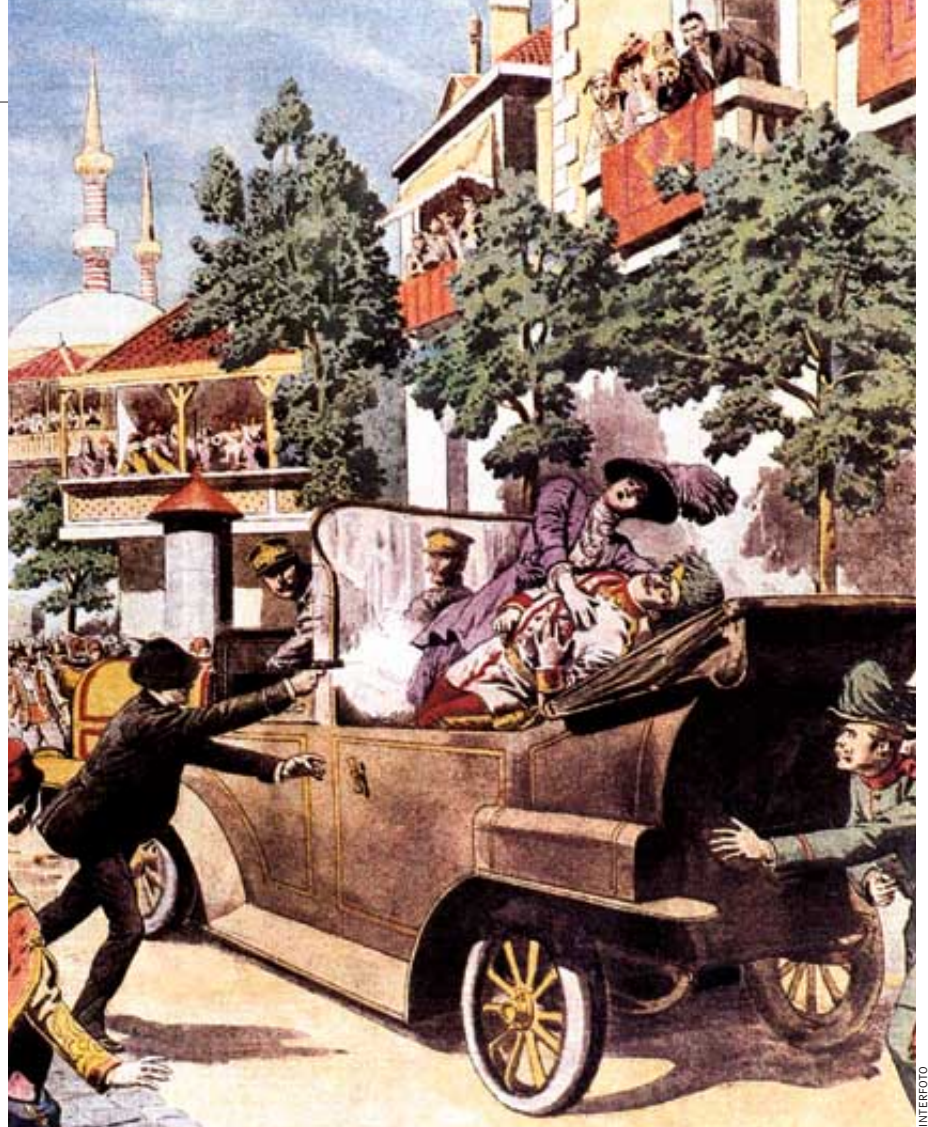
Am Nachmittag desselben Tages berief er einen Kronrat ein, an dem Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg und Kriegsminister Erich von Falkenhayn teilnahmen, ferner Arthur Zimmermann als Stellvertreter des Außenministers, der auf Hochzeitsreise war. Generalstabschef Helmuth von Moltke der Jüngere, Neffe des Kriegshelden der deutschen Einigung, war gleichfalls abwesend, er kurte gerade in Karlsbad.

Der Kronrat stimmte dafür, die österreichisch-ungarischen Bemühungen zu unterstützen, einen Balkan-Bund mit Bulgarien zu etablieren; was Österreich-Ungarn mit Serbien machte, war seine Angelegenheit, doch würde Deutschland beistehen, falls Russland intervenieren sollte. Dies war der so genannte Blankoscheck. Wien hatte ihn verlangt, und Wien wollte ihn einlösen.

Für die restliche Welt aber zählte nur, dass Berlin ihn ausgestellt hatte. Die Außenminister in St. Petersburg und London konnten sich nicht vorstellen, dass das schwache, zerfallende Österreich-Ungarn handelte, ohne dass Deutschland die Fäden zog – und überschätzten auf groteske Weise den deutschen Entscheidungsprozess. Die Teilnehmer am Kronrat legten eine Sorglosigkeit an den Tag, die mehr an grobe Fehlkalkulation als an einen großen Plan gemahnte, mehr an Pfusch als an Verschwörung. Kriegsminister Falkenhayn unterrichtete Moltke schriftlich über die Vorgänge, schrieb, eine eilige Rückkehr sei nicht nötig, und nahm Urlaub.

Am 23. Juli übergab der österreichisch-ungarische Botschafter in Belgrad das Ultimatum seines Landes an Serbien. Es war in einem Stil verfasst, der eher geeignet war zu provozieren als zu beschwichtigen. Den Serben wurden 48 Stunden für ihre Antwort gewährt.

Bis zu diesem Zeitpunkt hegte kaum einer in Euro-



Attentat auf Thronfolger Franz Ferdinand*: Waffen vom serbischen Geheimdienst

pa große Sympathie für die Serben, die man für einen blutrünstigen Haufen hielt, und wie die österreichisch-ungarische Führung glaubten viele, dass Serbien tatsächlich hinter dem Mordanschlag auf Franz Ferdinand steckte. Doch die Serben konterten klug: Sie akzeptierten die meisten Forderungen des Ultimatums – außer denen, die ihre nationale Souveränität direkt verletzten.

Innerhalb zweier Tage schwenkte die Meinung in Europa zu Gunsten Belgrads um. Serbien erhielt Unterstützung von Russland. Der russische Ministerrat drängte am 24. Juli beide Seiten zur Versöhnung, sagte jedoch gleichzeitig zu, vier Militärdistrikte für eine Mobilmachung vorzubereiten. In seinem Bemühen, die Schuld für den Krieg umzuverteilen, machte Deutschland später viel Aufhebens von Russlands Mobilmachung.

Sechs Tage vergingen, bevor Russland sich am 30. Juli zur Generalmobilmachung entschloss – da standen Österreich-Ungarn und Serbien schon im Krieg. Für Russland

bedeutete Mobilmachung noch nicht Krieg. Seine Ausdehnung und der schlechte Zustand des Eisenbahnnetzes machten eine Mobilmachung zu einem langwierigen Vorgang: Das Erreichen der vollen Sollstärke von 95 Divisionen dauerte drei Monate.

Für Deutschland aber bedeutete die Mobilmachung sehr wohl Krieg: Hier war ein weiteres Argument, mit dem sich der Vorwurf der Kriegsschuld festklopfen ließ.

Dank seiner zentralen Lage in Europa hatte Deutschland im Westen und Osten exponierte Landesgrenzen. Das war auch der Grund, weswegen Bismarcks Generalstabschef Moltke der Ältere 1871 von Frankreich die Abtretung Elsass-Lothringens gefordert hatte: Dessen Höhenzüge bildeten eine strategische Barriere gegen eine französische Invasion Süddeutschlands.

Russland war mit Frankreich verbündet, und 1914 konnten beide Großmächte zusammen beinahe doppelt so viele Männer aufbringen wie Deutschland. Die deutschen Kriegspläne mussten sich mit dieser Zweifronten-Gefahr befassen. Der Generalstab

In London konnte man sich nicht vorstellen, dass Österreich-Ungarn handelte, ohne dass Deutschland die Fäden zog.

* Kolorierte Pressezeichnung von 1914.



Kanzler Bethmann Hollweg*



Generalstabschef Moltke



Generalstabschef Falkenhayn*
Planung bis zur ersten Schlacht

dirigierte den Großteil seiner Streitkräfte zuerst nach Westen. Im Osten baute er auf ein kleines deutsches Heer in Ostpreußen und die österreichisch-ungarische Armee in Galizien, um die Russen so lange aufzuhalten, bis der Sieg im Westen es erlaubte, Truppen wieder nach Osten zu verlegen.

Zahlenmäßige Unterlegenheit und geografische Lage bedeuteten, dass im Kriegsfall Deutschland nicht einfach in der Defensive bleiben konnte: Es musste entschlossen handeln und angreifen.

Am 30. Juli durchkreuzten diese militärischen Notwendigkeiten die politischen Prioritäten in Berlin. Moltke, aus dem Urlaub zurück, erklärte seinem österreichisch-ungarischen Kollegen Franz Conrad von Hötzendorf, Wien müsse gegen Russland, nicht gegen Serbien mobil machen, und abends nötigte er dem Reichskanzler die Zusage ab, am folgenden Tag eine Entscheidung über die Mobilmachung Deutschlands zu fällen. Am 31. Juli forderte Deutschland Russland auf, die Mobilmachung zu beenden, am 1. August machte Deutschland selbst mobil und erklärte Russland den Krieg.

Frankreich mobilisierte am selben Tag und erfüllte damit seine Verpflichtung Russland gegenüber, in vollem Bewusstsein, dass der deutsche Krieg mit einem Vorstoß im Westen beginnen würde.

Die britischen Verpflichtungen Frankreich und Russland gegenüber waren lange nicht so bindend wie die zwischen Frankreich und Russland – jedenfalls nach Ansicht Londons. Da seit dem anglo-französischen Flottenabkommen von 1912 der Schutz der nordfranzösischen Küste der Royal Navy oblag, waren die Franzosen besonders erbost über das Zögern Großbritanniens. Eingedenk der britischen Überzeugung, dass das Verhalten Österreich-Ungarns mehr von Berlin als von Wien gesteuert werde, schlug der britische Außenminister Sir Edward Grey am 26. Juli 1914 vor, Großbritannien und Deutschland sollten eine internationale Konferenz einberufen, um den Konflikt zu schlichten.

Bethmann Hollweg verwarf den Gedanken und bemerkte, die Sache gehe allein Österreich-Ungarn an. Briten, die wie Grey strategisch dachten, glaubten dem Reichskanzler nicht. Als Kriegsgrund reichte dies nicht aus. Die liberale Regierung brauchte einen „liberalen“ Grund für die Beteiligung an einem kontinentalen Konflikt. Den lieferte Deutschland am 3. August mit dem Einmarsch in Belgien. Den Überfall auf Belgien sah die deutsche Führung als einfachsten Zugang nach Frankreich an und zugleich als Möglichkeit, das französische Heer von Norden her zu umfassen.

Großbritannien war nicht verpflichtet zu intervenieren, um die Neutralität Belgiens zu schützen: Gemäß dem Vertrag

Verfeindete Mächte

Bündnisse und militärische Kräfteverhältnisse in Europa bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs

- Mittelmächte
- Entente-Mächte
- Verbündete der Mittelmächte
- Verbündete der Entente

Seestreitkräfte 1914

	Großkampfschiffe	Torpedoboote
Deutschland	43	88
Großbritannien	80	155

Land- und Luftstreitkräfte 1914

	Flugzeuge	Geschütze
<i>Mittelmächte</i>	311	9383
Deutschland	232	5699
Österreich-Ungarn	79	3684
<i>Entente</i>	597	12 294
Russland	263	6796
Frankreich	156	4032
Großbritannien	130	552
Serbien	–	466
Belgien	48	348
Montenegro	–	100

von 1839 war dies eine gemeinschaftliche Verpflichtung, die allen europäischen Großmächten auferlegt war, einschließlich Preußen. Doch Belgien war ein viel besseres Symbol als Serbien. Nun machte sich London für die Vorherrschaft des internationalen Rechts und für die Rechte der kleinen Nationen stark. Deutschland wurde zur Bestie Europas, zum Zerstörer der Zivilisation und zum Schlichter unschuldiger Zivilisten.

Diese Darstellung der Juli-Krise 1914, so selektiv sie ist, soll zwei sich wechselseitig verstärkende Merkmale herausarbeiten:

Erstens, die Ereignisse folgten zeitlich außerordentlich dicht aufeinander. Kaum mehr als ein Monat lag zwischen dem Mordanschlag auf Franz Ferdinand und Großbritanniens Kriegseintritt, kaum eine Woche zwischen dem Ultimatum Österreich-Ungarns an Serbien und dem Deutschlands an Russland.

Das bürgerliche Europa machte weitgehend Ferien; wer daheim geblieben

* Kolorierte Postkarten.



war, fühlte sich nicht in Bedrängnis. Als Folge davon hinkte man hinter den Ereignissen her, als sich die Krise offenbarte. Nicht ein führender Politiker erfasste das Geschehen. Dies war das zweite Merkmal.

In den zwanziger Jahren bestand Deutschlands Antwort auf die Frage nach der Kriegsschuld darin, die Debatte auszuweiten. Deutsche Historiker, vom Außenministerium mit Dokumenten versorgt, richteten nun ihr Augenmerk von den kurzfristigen Gründen – den Ereignissen im Juli 1914 – auf die langfristigen Faktoren.

Nach den Napoleonischen Kriegen hatten sich die Europäer darauf geeinigt, Spannungen zwischen den Großmächten durch Kongresse einvernehmlich zu lösen. Doch mit der Einigung Deutschlands 1871

war im Herzen Europas ein mächtiger neuer Staat entstanden, und dem Kontinent war es schwer gefallen, sich darauf einzustellen. Von nun an beruhte die Sicherheit der europäischen Staaten weniger auf Einvernehmen als auf Allianzen:

1879 verbündete sich Deutschland mit Österreich-Ungarn, 1894 Frankreich mit Russland. Italien suchte 1882 Anschluss an die Deutschen und Österreicher und erweiterte die Allianz zum Dreibund; Großbritannien bildete 1904 die Entente cordiale mit Frankreich und erreichte 1907 einen Interessenausgleich mit Russland.

Europa ließ zu, dass diese Bündnisse, gedacht zur Stabilisierung des Kontinents, sich verfestigten, jede Seite warf der anderen üblere Motive vor, als real vorhanden waren. Die Juli-Krise 1914 war kein

isolierter Vorfall, sondern der letzte in einer ganzen Kette. Begonnen hatte es damit, dass Frankreich, trotz seiner 1880 gegebenen Garantie für Marokkos Unabhängigkeit, seine Position in Marokko ausbaute. Deutschland hatte Frankreichs Vorgehen als gute Gelegenheit genutzt, die anglo-französische Entente zu testen. Doch anstatt zu zerbrechen, wurde sie durch die erste marokkanische Krise 1905 gefestigt. Europa stand damals kurz vor einem Krieg, so wie 1908/1909, nach der österreichisch-ungarischen Annexion Bosnien-Herzegowinas, und 1911, abermals wegen der französischen Ansprüche in Marokko.

Der Erhalt und das Zerbrechen von Allianzen wurden zum Selbstzweck, wichtiger als die Wahrung des Friedens. Folglich trug 1914 kein Staat besondere Schuld. Dieser Konsens, der spätestens in den dreißiger Jahren vorherrschte, enthielt die grimmigste aller Ironien: Der Krieg, der fast zehn Millionen Soldaten das Leben

Der Erhalt und das Zerbrechen von Allianzen wurden zum Selbstzweck, wichtiger als die Wahrung des Friedens.

kostete, sei das Ergebnis von Missverständnissen und Fehlkalkulationen.

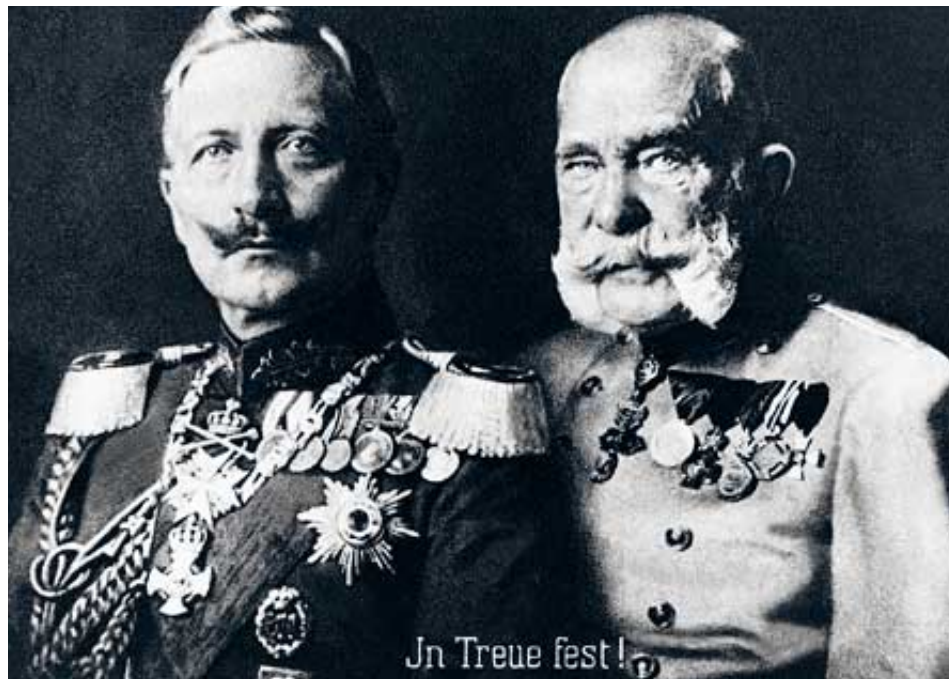
Diese Interpretation focht der deutsche Historiker Fritz Fischer in den sechziger Jahren an – und löste damit eine heftige Kontroverse aus. Ihm zufolge war Deutschland schuldig, den Krieg im Juli 1914 nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig verursacht zu haben.

Deutschland, argumentierte Fischer 1969 in seinem Buch „Krieg der Illusionen“, habe die Juli-Krise 1914 genutzt, um einen Krieg vom Zaun zu brechen, der die deutsche Vorherrschaft auf dem Kontinent sichern sollte. Das habe die deutsche Führung sowohl aus außenpolitischen Gründen als auch auf Grund innenpolitischer Zwänge – die angebliche Bedrohung durch den Sozialismus – getan.

Angelpunkt von Fischers Argumentation – die Verbindung zwischen den Ereignissen im Juli 1914 und den wachsenden Spannungen zwischen 1871 und 1914 – war die Sitzung des so genannten Kriegsrats, den der deutsche Kaiser am 8. Dezember 1912 einberufen hatte. Zwei Monate zuvor, im Oktober 1912, hatten sich Montenegro, Serbien, Bulgarien und Griechenland zusammengetan, um die Türken aus den Resten des Osmanischen Reiches auf dem Balkan zu vertreiben.

Dies waren Hiobsbotschaften für Deutschland – und vor allem für dessen Verbündeten Österreich-Ungarn. Als Vielvölkerreich mit Besitzungen auf dem Balkan konnte die Doppelmonarchie nur Schaden nehmen, wenn speziell Serbien Hoffnungen auf die Gründung eines unabhängigen südslawischen Staates schürte.

Hinter Serbien stand Russland mit seinen Liberalen, die eine panslawische Stimmung anfachten und durchaus zu einem Krieg bereit waren, falls die Österreicher eingreifen sollten, um die Balkan-Staaten zu bändigen. Deutschland wiederum unterstützte Österreich-Ungarn.



Bündnispartner Wilhelm II., Franz Joseph (Postkarte): Blankoscheck ausgestellt

Was als Balkan-Krieg begonnen hatte, wuchs sich nun zur europäischen Krise aus. Am 3. Dezember 1912 erklärten die Briten ihre Bereitschaft, Frankreich zu unterstützen, falls ein russisch-österreichischer Krieg einen Angriff Deutschlands auf den westlichen Verbündeten Russlands – Frankreich – nach sich ziehen sollte.

Wilhelm war über Britanniens Intervention empört. Er berief eine Konferenz seiner Militär- und Flottenchefs ein und erklärte, Österreich-Ungarn solle in seiner harten Haltung Serbien gegenüber bestärkt werden – für Fischer ein Beleg dafür, dass die deutsche Führung seit 1912 den Krieg geplant hatte. Moltke sagte, folgt man den Aufzeichnungen von Georg von Müller,

Chef des Marinekabinetts, über die Sitzung des Kriegsrats, dass Krieg unvermeidlich sei, je eher er komme, umso besser.

Wie andere in Deutschland auch war Moltke beunruhigt über die latente Stärke Russlands. Und was zwischen Dezember 1912 und Juli 1914 geschah, war nicht dazu angetan, diese Befürchtungen zu beschwichtigen: 1913 stellten die Russen ein Militärprogramm vor, wonach die russische Armee bis 1917 dreimal so groß werden sollte wie die deutsche. Falls Moltke tatsächlich glaubte, Deutschland und Russland würden in naher Zukunft

Krieg gegeneinander führen, dann musste er allerdings nach der Logik der deutschen Führung einen Präventivschlag führen,



ARGUS

Russlands und, als Krönung, eine deutsche Hegemonialstellung über ganz Mitteleuropa.

Fischer verarbeitete die Fakten in seinem 1961 erschienenen Buch „Griff nach der Weltmacht“. 1969 folgte „Krieg der Illusionen“, in dem er die imperialistische Politik des Kaiserreichs vor 1914 analysierte.

In der zweiten Publikation spitzte Fischer seine Thesen zu. War er 1961 noch davon ausgegangen, Deutschland trage einen „erheblichen Teil der historischen Verantwortung“ daran, dass es zum Ersten Weltkrieg gekommen war, so gab er Deutschland später die Alleinschuld am Kriegsausbruch. Das Kaiserreich, argumentierte er nun, habe den Waffengang von Anfang an geplant, um seine Ziele durchzusetzen. Diese Schlussfolgerung gilt heute als überzogen.

Die doppelte Schuld

Vor 40 Jahren schreckte Fritz Fischer die Deutschen mit der These auf, sie seien auch für den Ersten Weltkrieg verantwortlich.

Es herrschte ein Andrang wie bei einem Popkonzert. 2000 Menschen strömten im Herbst des Jahres 1964 in das Audimax der Freien Universität Berlin. Wer nicht dabei war, konnte die Veranstaltung am Radio oder Fernseher verfolgen. Zu beobachten war jedoch kein Popstar, sondern ein unscheinbarer deutscher Professor, der gekommen war, um auf dem Historikertag seine Forschungsergebnisse zu verteidigen.

Fritz Fischer hatte seine Kollegen mit der Behauptung geschockt, dass Deutschland nicht nur schuld am Zweiten Weltkrieg war, sondern

auch die Verantwortung für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs trug.

Ausgangspunkt für die schockierenden Thesen waren bisher unbekannte Akten, die 1956 von Moskau nach Potsdam in die DDR zurückgebracht worden waren, darunter Material über die Kriegszielpläne des ehemaligen Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg im so genannten Septemberprogramm. Dieser hatte gut fünf Wochen nach Kriegsbeginn, am 9. September 1914, die deutschen Kriegsziele aufgeschrieben: Ausschaltung Frankreichs als Großmacht, Unterwerfung Belgiens, Zurückdrängung



Zeitgenössische Darstellung zum russisch-serbischen Verhältnis (Karikatur): Bluttrübstiger Haufen

bevor Deutschland noch stärker ins Hintertreffen geriet.

Der Kriegsrat war nicht wegen des Verhaltens Russlands, sondern wegen Großbritannien einberufen worden. Die Lage der Marine hätte daher – folgt man Fischers Logik – wichtiger sein müssen als die der Landstreitkräfte.

Bis 1911 waren deren Ausgaben auf 55 Prozent der Ausgaben für das Heer angestiegen. Die Marine war ein Instrument der Weltpolitik und wurde von ihrem Stammvater, dem Reichskanzler Bernhard von Bülow, als Mittel nicht nur der Außen-, sondern auch der Innenpolitik verstanden. Anders als die Armee (in ihrer Struktur noch immer föderalistisch und von Preußen dominiert), war die Marine eine kaiserliche Teilstreitkraft, trotz ihrer aristokratischen Bestrebungen kamen ihre Offiziere aus der Mittelschicht. Aufträge der Marine brachten Beschäftigung für die deutsche Schwerindustrie, in schlechten wie in guten Zeiten. Allerdings wurde der Aufbau der Marine größtenteils durch Kredite finanziert, mit dem Ergebnis, dass sich zwischen 1900 und 1908 die Staatsschulden fast verdoppelten.

Bülow, der Vorgänger Bethmann Hollwegs, empfahl zur Finanzierung der Marine eine Erbschaftsteuer, doch stieß er damit die konservativen Landbesitzer derart vor den Kopf, dass er 1909 sein Amt niederlegen musste. Die Sozialisten bevorzugten progressive Einkommensteuern, wollten deren Erträge aber nicht in die Verteidigung fließen sehen; die Rechte be-

günstigte Aufwendungen für das Militär, wollte aber die finanziellen Folgen eines solchen Programms nicht schlucken.

Die Situation war ausweglos, und laut Fischer glaubten die deutschen Eliten, ein Krieg könne das Dilemma beheben. Doch trotz allen Aufwands war die Marine 1912 noch immer nicht gerüstet für einen Krieg. Großadmiral Alfred von Tirpitz versicherte dem Kriegsrat, sie werde innerhalb von 18 Monaten bereitstehen – bis Juni 1914.

Doch gegen Fischers These sprechen eine Reihe von Fakten. Bei der Sitzung des Kriegsrats 1912 war Bethmann Hollweg nicht anwesend, aber im Juli 1914 war er der wichtigste Mann in Berlin. Und Bethmann Hollweg wollte nicht Krieg, sondern Détente. Im Winter 1912/1913 hatte er dem Kaiser ein Tauschgeschäft vorgeschlagen, um das Verhältnis zu England zu entspannen: Begrenzung des deutschen Flottenausbau gegen Großbritanniens Neutralität in Europa.

Die Sitzung des Kriegsrats vom Dezember 1912 endete mit nur einem einzigen förmlichen Beschluss: Die deutsche Öffentlichkeit sollte auf einen Krieg mit Russland vorbereitet werden. Nichts weist darauf hin, dass irgendetwas unternommen wurde, um diese Entscheidung umzusetzen, weder im Pressebüro des Außenministeriums noch bei den Zeitungen selbst.

Und schließlich: Wenn die Chefs der beiden Teilstreitkräfte meinten, Russland, nicht Großbritannien, stelle die Hauptbedrohung dar, dann mussten sie die Armee ausbauen, nicht die Marine. Im Hinblick auf Infra-

struktur und Ausstattung aber war die Armee 1914 weniger kampfbereit als 1912: Reservekorps zogen in den Krieg, denen es an eigener Artillerie, Luftunterstützung und Transportmitteln mangelte.

Das Problem der militärischen Planungen war ein möglicher Zwei-Fronten-Krieg. Moltkes Vorgänger als Chef des Generalstabs, Alfred von Schlieffen, hatte entschieden, mehr Gewicht auf die Westfront und die Umfassung der französischen Armee zu legen. Der rechte deutsche Flügel sollte durch Belgien nach Frankreich marschieren. Kurz nach seiner Pensionierung 1905 verfasste er ein entsprechendes Memorandum, das der Nachwelt als Schlieffen-Plan bekannt wurde. Es war nicht der Plan, nach dem die deutsche Armee im August 1914 voringing, aber zwischen beiden bestanden viele Ähnlichkeiten.

Schlieffens Memorandum hatte einen ganz anderen Zweck: Es

sollte die Diskrepanz aufzeigen zwischen der Aufgabe, die die deutsche Armee im Westen erledigen musste, und den Mitteln, die dazu vorhanden waren. Schlieffen ging von einem Bedarf von 94 Divisionen aus und hatte kaum 60. Die Aufgabe seines Nachfolgers Moltke war es, die Lücke zu schließen.

1912 wurde die deutsche Armee um 29 000 Mann aufgestockt, 1913 um 136 000. Bis 1916 sollte die Armee um drei neue Armeekorps vergrößert werden.

Moltke hatte 300 000 Mann gefordert. Der deutsche Generalstabschef und sein Kriegsminister dachten sogar an eine echte allgemeine Wehrpflicht, doch Falkenhayn glaubte im Sommer 1914, diese könne erst ab 1916 schrittweise eingeführt werden und brauche bis zur vollständigen Verwirklichung zehn Jahre.

Die deutsche Armee war also längst nicht so kriegsbereit, wie Moltke im Kriegsrat am 8. Dezember 1912 suggeriert hatte. Deutschland fehlten die Mittel für einen langen Krieg, und Moltke wusste das. Sein Onkel prophezeite, dass ein künftiger Krieg in Europa lange dauern würde – dank der europäischen Bündnisstrukturen: Sollte ein Staat in wenigen Wochen besiegt sein, wie Österreich 1866 und Frankreich 1870, würden ihm seine Verbündeten noch immer zu Hilfe kommen. Die Kriege der deutschen Einigung waren deshalb kurz gewesen, weil sie mit einem Feldzug entschieden wurden.

Wie sein Onkel erkannte der jüngere Moltke, dass der nächste Krieg nicht durch einen einzelnen Feldzug gewonnen würde. Seine Aussagen zu diesem Thema waren realistisch, geradezu pessimistisch.

Der deutsche Generalstab suchte nach einer operativen Lösung, um aus den

Den Aufbau der Marine finanzierte Deutschland durch Kredite, die Staatsschulden verdoppelten sich in acht Jahren.



JULSTEIN BILDERDIENST

Türkische Hauptstadt Konstantinopel, k. u. k. Generalstabchef Hötzendorf: Niedergang multinationaler Imperien

politischen und ökonomischen Unwägbarkeiten herauszukommen. Das Ergebnis war eine Planung, die kaum weiter reichte als bis zur ersten Schlacht. 1913 folgte Moltke dieser Logik bis zum Schluss, als er sich dagegen entschied, die Planung für einen Krieg allein gegen Russland zu überarbeiten; stattdessen verlegte er das ganze Gewicht auf den Angriff im Westen. Ein europäischer Krieg, sagte er im Februar 1913 zu Conrad von Hötzendorf, werde nicht am Bug entschieden, sondern an der Seine. Moltke ließ nur vier Armeekorps zurück, die Ostpreußen vor einer russischen Invasion schützen sollten. Zudem koordinierte die deutsche Armee ihre Pläne nie mit ihrem Hauptverbündeten Österreich-Ungarn.

Das Interesse an der Armee in den Jahren 1912 bis 1914 bedeutete indes nicht förmliche Aufgabe der Weltpolitik: Politik außerhalb Europas spielte noch immer eine Rolle im Denken Bethmann Hollwegs.

Die Entente zwischen Frankreich, Russland und Großbritannien stellte eine Union der Gegensätze dar – das Bündnis einer Republik, einer Autokratie und einer konstitutionellen Monarchie. Die der Allianz innewohnenden Widersprüche traten besonders deutlich hervor, wo die Rivalitäten ihrer Mitglieder am heftigsten ausbrachen – in Afrika und Asien.

Bethmann Hollweg wollte zwar Détente, aber er hoffte auch, außereuropäische Themen nutzen zu können, um die unterschweligen Spannungen innerhalb der Entente zu befördern. England bestritt nicht Deutschlands Anspruch auf einen Platz an der Sonne. Es war bereit, sich mit Berlin über das Schicksal der portugiesischen Kolonien in Afrika auseinander zu setzen, und beide, England und Russland, einigten sich mit Deutschland

über die Berlin-Bagdad-Bahn, so dass alle Beteiligten zufrieden waren.

Doch Bethmann Hollweg kam zu spät. Die kaiserliche Politik konnte zu keiner Détente führen, weil sie nicht länger von der europäischen Politik getrennt war.

Daran war Deutschland selbst schuld. Die Abmachungen, die Großbritannien 1904 mit Frankreich und 1907 mit Russland getroffen hatte, waren bilaterale Abkommen, die koloniale Auseinandersetzungen schlichten sollten.

1904 hatte Großbritannien seine Position in Nordafrika, vor allem in Ägypten, ausgebaut, 1907 seine Sicherheit in Asien, vor allem in Indien, abgestützt. Also konnte Großbritannien seinen Verbündeten in Europa nicht untreu werden, ohne sein Empire zu gefährden. Die Deutschen interpretierten das als Bedrohung ihrer eigenen Sicherheit.

Auf Grund der geografischen Lage der Krisenherde in den Jahren 1911/12 waren die imperialen wie die europäischen Interessen der Großmächte gleichermaßen berührt. Die Konflikte lagen alle im Mittelmeerraum, im Norden in Europa, im Osten in Asien und im Süden in Afrika. Die Rivalitäten in Nordafrika waren eine direkte Folge des Zerfalls des Osmanischen Reichs, das sich über mehr als einen Kontinent erstreckte. Im September 1911 nutzte Italien die Ansprüche Frankreichs in Marokko aus, um der Türkei den Krieg zu erklären und Libyen an sich zu reißen, das noch zum Osmanischen Reich gehörte. 1912 nahmen die Balkan-Staaten die Gelegenheit wahr, die der türkische Krieg mit Italien bot, um die osmanische Herrschaft über Südosteuropa zu beenden.

Deutsche Infanterie beim Manöver (Juni 1914)
Auf den Krieg schlecht vorbereitet

Der Krisenbogen, der entlang der Küste des östlichen Mittelmeers verlief, machte zwei übergreifende Phänomene deutlich, die beide die Idee eines durch konzentrierte Konfliktbewältigung stabilisierten Europas untergruben.

Die in Libyen und auf dem Balkan stattfindenden Kriege wurden von kleineren Nationen geführt, die auf die Großmächte Einfluss nehmen konnten, indem sie deren wachsende Uneinigkeit ausnutzten. Nirgends war dies deutlicher als auf dem Balkan. Bis zur Bosnien-Krise von 1908/1909 hatten Österreich-Ungarn und Russland ihre gemeinsamen Interessen in der Region einigermaßen austariert und so für ein gewisses Maß an Stabilität gesorgt. 1908 jedoch erklärte Russland, Österreich-Ungarn habe





Russische Soldaten, Oberbefehlshaber Zar Nikolaus II.: Mobilmachung über drei Monate

eigennützige Ziele in Bosnien verfolgt, ohne Rücksicht auf den russischen Anspruch auf Konstantinopel und die Meerenge, der durch den Niedergang des Osmanischen Reichs begünstigt wurde. Die Feindseligkeit, die St. Petersburg gegen Wien hegte, wurde von Serbien ausgenutzt. Auf diese Weise lenkten Belgrad – und Sofia und Athen – 1912 das Ganze nach ihrem Willen.

War der wachsende Einfluss der kleinen Balkan-Staaten das erste Phänomen, so war das zweite der Niedergang der drei multinationalen Imperien, die Interessen in der Region verfolgten. 1914 war die wichtigste Macht von ihnen nicht Russland oder die Türkei, sondern Österreich-Ungarn. Um zu verstehen, warum der Erste Weltkrieg ausbrach, ist es erforderlich,

Fritz Fischers Fixierung auf Deutschland zu überwinden und den Blick abermals auf die Doppelmonarchie zu richten.

Die Verbindung zwischen Innen- und Außenpolitik war für Österreich-Ungarn viel unmittelbarer als für Deutschland. Im Heer, sichtbarstes Symbol der Reichseinheit, waren zwölf Nationalitäten vertreten. Zwei davon gehörten zu ethnischen Gruppen, die gleichzeitig unter russischer Herrschaft standen – Polen und Ukrainer; fünf teilten Sprache und Kultur mit unabhängigen Staaten, die an den Reichsgrenzen lagen – Rumänen, Serben, Kroaten, Bosnier, Italiener und Deutsche. Am gefährlichsten war Serbien, das sein Territorium in den beiden Balkan-Kriegen von 1912 und 1913 verdoppelte und das einen

von Wien unabhängigen südslawischen Staat anstrebte.

Österreich-Ungarn suchte nach einer Gelegenheit, um sein Ansehen auf dem Balkan wiederherzustellen und dabei die gängige Meinung zu widerlegen, es sei ein dem Untergang geweihtes Gemeinwesen. Kaiser Franz Joseph würde nicht mehr lange leben, und mit seinen Erben hatte er kein großes Glück. Lange vor der Ermordung seines Neffen Franz Ferdinand hatte sein Sohn Rudolf Selbstmord begangen. Sein nach dem Mord von Sarajevo als Kaiser-Nachfolger ausersehener Großneffe Karl war erst Mitte zwanzig.

Unter den Großmächten verfügte Österreich-Ungarn zudem über die am schlechtesten ausgerüstete Armee. Sie mochte für einen Balkan-Krieg taugen, doch keinesfalls für einen europäischen Krieg – oder für einen, der an mehr als einer Front stattfand.

Die maßgeblichen Gründe für den nach dem Sarajevo-Attentat von Berlin ausgestellten Blankoscheck für einen Krieg lagen denn auch weniger in der Motivation Deutschlands als in der Motivation Österreich-Ungarns. Wien war entschlossen, den dritten Balkan-Krieg zu entfachen, um seine Position als regionaler Machtfaktor zu sichern und nationale Unabhängigkeitsbestrebungen niederzuhalten.

Mehr noch als Moltke war Conrad von Hötzendorf ein Advokat des Präventivkrieges. Er hatte Serbien schon während der bosnischen Krise bekämpfen wollen; allein 1913 forderte er 25-mal Krieg mit Serbien.

Zwei Faktoren hatten ihn zurückgehalten. Zum einen das Außenministerium, das auf Verständigung am Konferenztisch setzte. Doch 1912 und 1913 hatten internationale Schlichtungen die kleineren



Balkanstaaten begünstigt, nicht Österreich-Ungarn. Deshalb verwarf Wien am 26. Juli 1914 Greys Vorschlag, den Konflikt durch Einberufung einer internationalen Konferenz friedlich beizulegen. Der zweite Faktor war Deutschland. 1912 und 1913 hatten die Deutschen Österreich-Ungarn gegen Serbien nur halbherzig unterstützt.

Nach Sarajevo sicherten sie ihren Beistand zu, Wien musste handeln, solange es konnte.

Zu behaupten, die Politik Österreich-Ungarns sei ausschlaggebend gewesen für die Juli-Krise, ist allerdings keine Antwort auf ein viel komplexeres Problem – die Frage nämlich, warum Deutschland



JULIEN BILDERDIENST (O.J. HULTON ARCHIVE (U.)

lipp von Eulenburg, der 1907 der Homosexualität bezichtigt wurde, war seine Autorität geschwächt. Nach der Sitzung des Kronrats vom 5. Juli 1914, in der die Politiker und Militärs Deutschlands Politik abgesegnet hatten, brach er zu einer Kreuzfahrt nach Norwegen auf und kehrte erst am 27. Juli in die Hauptstadt zurück.

Während dieser Zeit hielt Bethmann Hollweg, ein durch den Tod seiner Frau wenige Wochen zuvor gebeugter Mann, die Zügel in der Hand, doch er zog sie nicht an. Er verfolgte eine Politik, die in sich logisch war – die Allianz zwischen Großbritannien, Frankreich und Russland zu zerbrechen:

visionen von den Kriegsfolgen würden Russland davon abhalten, sich auf einen Krieg einzulassen.

Er hatte sich verkalkuliert. Am 29. Juli teilte Grey Deutschland unmissverständlich mit, Großbritannien werde sich nicht heraushalten. Konfrontiert mit der Möglichkeit eines Weltkriegs, versuchte Bethmann Hollweg, die Krise vor der Eskalation zu stoppen: Tags darauf forderte er Österreich unter der Devise „Halt in Belgrad“ zur Vermittlung auf – und annullierte damit den Blankoscheck, wie von Wien befürchtet.

Es war zu spät. Der Balkan-Krieg, von Österreich-Ungarn gewollt, hatte schon begonnen. Dass er nicht eingedämmt werden konnte, lag zum Teil an den langfristigen Faktoren. Wechselseitiger Argwohn hatte wechselseitige Paranoia geschürt. Die Fran-



Britische Kampfschiffe, Außenminister Grey: Gefahren für das Empire abwehren

1914 den Blankoscheck überhaupt ausstellte, während es 1912 und 1913 einen vergleichbaren Beistand verweigert hatte. Die Erklärung, dass Deutschland sich eingekreist fühlte, dass Österreich-Ungarn sein einzig verlässlicher Verbündeter und dass die Welt ein bedrohlicher und gefährlicher Ort war, greift zu kurz. Hätte Deutschland seinen Beistand verweigert, wäre der Dreibund vielleicht geschwächt worden, aber nicht zerbrochen: Es gab keine andere Großmacht, an die sich Österreich-Ungarn hätte wenden können.

Und auch das Verhalten des Kaisers beantwortet die Frage nicht. Vielleicht hat Wilhelm II. am 5. Juli mit starken Worten auf die österreichisch-ungarische Delegation reagiert, doch seine Stimmungsschwankungen waren berüchtigt. Seit der Affäre um seinen wichtigsten Berater Phi-

Russland würde wahrscheinlich Serbien stützen, dann würde vielleicht Frankreich Russland nicht beistehen und Großbritannien sich daher entschließen, keinem von beiden zu helfen.

1914 nahm Bethmann Hollweg das Risiko auf sich, dass aus einem Balkan-Krieg ein europäischer Krieg entstehen würde. Er redete sich ein, selbst wenn Österreich-Ungarn handeln sollte, werde Russland untätig bleiben. Die Angst, der Krieg würde eine Revolution nach sich ziehen – weit verbreitet in Europa –, saß in Russland tief.

Einige von denen, die 1914 die Politik bestimmten, mochten auch überzeugt sein, dass der Krieg rasch vorbei sein werde, wie die Kriege von 1866 und 1870. Bethmann Hollweg glaubte nicht daran. Schon 1913 redete er davon, ein künftiger Krieg werde ein Weltkrieg sein. Zugleich hoffte der deutsche Kanzler, Schreckens-

zosen fürchteten die latente Bedrohung durch ihre Nachbarn, während die Briten vor einer deutschen Invasion zitterten.

Deutschland wiederum redete sich ein, dass die britische Marine einen Präventivschlag gegen die deutsche Flotte führen werde, während die vor Anker lag, dass die Franzosen sich für den Verlust Elsass-Lothringens rächen wollten und dass Russland, Bannerträger der asiatischen Barbarei, Ostpreußen überrennen werde. Diese Ängste erklären die Juli-Krise nicht, erhellen aber deren Vorbedingungen.

Als der Krieg erst einmal begonnen hatte, führten ihn alle Seiten nicht aus Gründen der imperialistischen Aggression, sondern zur nationalen Selbstverteidigung. Letztlich war es dieses Bewusstsein, das die Bürger der Krieg führenden Nationen dazu brachte, die schwere Bürde zu tragen, die ihre Regierungen ihnen auferlegten.

ÜBERSETZUNG: ILSE LANGE-HENCKEL

Wien war entschlossen, den dritten Balkankrieg zu entfachen, um seine Position als regionaler Machtfaktor zu sichern.

Hew Strachan ist Professor für Militärgeschichte an der Oxford-Universität.